

In Läden Gesichtsmasken tragen

Die Zunahme der Viruserkrankten im Kanton ist besorgniserregend. Um so unverständlicher die minimale Bereitschaft, innerhalb von Läden Gesichtsmasken zu tragen. Wem ist noch nicht bekannt, dass das Virus stundenlang als Aerosol in der Luft bleiben kann und dass man

als Frischinfizierter drei bis vier Tage andere auch ohne Symptome anstecken kann? Man schützt sich selbst indem man andere schützt. In Japan (kein christliches Land) ist das Tragen von Gesichtsmasken, auch ohne Vorschrift selbstverständlich und die Zahl der Toten in

diesem dichtbevölkerten Land bis jetzt sieben pro Million Einwohner; in Deutschland 113 (mit Vorschrift), in der Schweiz 211, in England 400 und in den USA 600. In welche Richtung soll sich die Infektion bei uns bewegen?

Michel Mortier, Zug

Rechte Steuersenkung?

Als einziger Kanton der Schweiz sieht die bürgerliche Mehrheit in Zug die Antwort auf die drohende Wirtschaftskrise in einer Steuersenkung. Dabei profitieren natürlich diejenigen überproportional, die am wenigsten unter der aktuellen Krise leiden, finanziell jedoch sehr gut dastehen. Gerade in Zeiten der Krise sollten wir über den eigenen Tellerrand hinausschauen. Viele

Kantone und Gemeinden erwarten Mindereinnahmen aufgrund der Coronakrise. Ein angeheizter Steuerwettbewerb schadet hier noch zusätzlich. Aber auch den Zuger KMU's nützt diese Steuersenkung wenig. 63 Prozent der Zuger Unternehmen bezahlen heute keine Steuern und sparen somit auch keine weiteren Steuergelder. Ökonomisch sinnvollere Massnahmen wie ein

Gewerbegutschein für alle Zuger von 120 Franken lehnte der Kantonsrat jedoch ohne tiefgreifende Diskussion ab. Auch für anständige Löhne des Pflegepersonals gibt es kein Geld. Bleibt wenigstens zu hoffen, dass immerhin der Antrag auf eine Volksabstimmung eine Mehrheit findet, denn die Bevölkerung sollte das letzte Wort haben.

Luzian Franzini, Zug

Unterstützung der Betriebe im Ägerital

Gemäss Zuger Zeitung reichen die Ortsparteien der FDP im Ägerital eine Petition zur Unterstützung der Gewerbebetriebe ein. Dass von der Gemeinde teilfinanzierte Gutscheine in Umlauf gebracht werden, kann tatsächlich den lokalen Konsum stärken. Das Problem einer vom Steuerzahler finanzierten «Finanzspritze» für das Gewerbe ist, dass gleichzeitig Benachteiligungen geschaffen werden. Es sind ja nicht nur die Gewerbebetriebe, die unter den aktuellen Umständen finanzielle Einbussen tragen müssen. Es

gibt tausende Arbeitnehmer aus diversen Branchen, die Lohnneinbussen erfahren, ja zum Teil sogar ihre Stelle verlieren. Bund und Kantone pumpen bereits Milliarden von Steuergeldern in die Wirtschaft. Es ist nicht zielführend, wenn nun die Gemeinden auch noch Steuergelder verteilen. Es wäre vor allem nicht fair, das Geld einseitig an die Gewerbebetriebe zu verteilen. Was es jetzt braucht, ist die Unterstützung aller an der Wirtschaft beteiligten Partner. Arbeitgeber wie Arbeitnehmer. Dies erreichen wir nur, wenn wir ra-

dikal umdenken. Wir dürfen nicht Steuergelder in den einen oder anderen Wirtschaftszweig pumpen, wir müssen die Wirtschaft, die Gewerbebetriebe und die Arbeitnehmer gleichermaßen entlasten. Tiefere Gebühren, weniger Bürokratie und tiefere Steuern. Weg mit den unnötigen Belastungen, hin zur Entlastung von allen. So fördern wir den Konsum und den Wirtschaftsstandort nachhaltig und verhindern eine ungleiche Verteilung aus dem Honigtopf.

Thomas Werner, Unterägeri

«Kaum in der Schweiz und schon Arbeitslos»

Das war die Überschrift eines Artikels der Zuger Zeitung vom 11. Juli. Darin stellt der Autor fest, dass 2019 die Zahlungen der Arbeitslosenkasse an sogenannte Schnellarbeitslose aus EU Staaten welche noch kein Jahr in der Schweiz sind, gegenüber 2018 um 2.0% auf 31,4 Mio. angewachsen sind. Im Prinzip dürfen Bürger aus EU Staaten erst Gelder beziehen, wenn sie innerhalb von 2 Jahren mindestens 1 Jahr einbezahlt haben. Da aber auch Einzahlungen gelten, welche sie in Kasernen von EU Staaten getätigt haben, bekommen sie unter dieser Voraus-

setzung auch Geld von der ALV wenn sie nur einen Tag hier gearbeitet haben. Eine Rückkehr in seine Heimat macht für den Arbeitslosen finanziell oft keinen Sinn, da die ALV Entschädigung bei uns im Normalfall höher ist als der Lohn für Arbeit in einem EU Land. Ich unterstelle den zugewanderten Arbeitskräften nicht, dass sie bewusst unsere ALV schädigen wollen. Wenn aber schon im wirtschaftlich hervorragenden Jahr 2019 eine Zunahme von 20% verzeichnet wurde, mache ich mir doch ein wenig Sorgen, wie sich dies im jetzigen Um-

feld entwickeln wird. Man macht zwar von Seiten Bund auf Optimismus weil die Arbeitslosenzahlen (noch) nicht explodiert sind, aber die mittel- und langfristigen Auswirkungen von Corona sind wohl noch gar nicht absehbar. Der Schutz unserer Arbeitslosenversicherung vor übermässiger Beanspruchung durch Arbeitnehmer, welche kaum nennenswerte Beträge einbezahlt haben, ist nur einer von vielen Gründen, die Zuwanderung in die Schweiz zukünftig wieder in einem vernünftigen Mass regulieren zu können. Emil Schweizer, Neuheim

Energiestrategie: Vor- und -urteile

Von Albert Einstein stammt der Spruch, es sei leichter, Atomkerne als Vorurteile zu zertrümmern. Er ist mir bei der Lektüre des Leserbriefs von Victor Zoller in der Zuger Woche vom 15. Juli in den Sinn gekommen. Für ihn ist die Aves ganz einfach, ich zitiere, ein Altherrenclub von Atomenergiebefürwortern, Klimaleugnern und Gegnern der schweizerischen Energiestrategie. Neckischerweise bezieht er sich indirekt auf eine Aves-Veranstaltung, an welcher der Geschäftsführer der Elcom, Renato Tami, eine Situationsanalyse präsentierte. Die Elcom ist die vom UVEK eingesetzte Regulierungsbehörde, die bis anhin ziemlich kritiklos die Energiestrategie begleitete. Auch sie hat jedoch, wie viele andere

unvoreingenommene Beobachter, mittlerweile feststellen müssen, dass die vom Volk 2017 gutgeheissene Energiestrategie auf ziemlich tönernen Füßen steht und namentlich in den Winterhalbjahren zu einem stark steigenden Stromimportbedarf führen wird. Dieser kann auch bei forciertem Ausbau von Sonnen- und Windenergie samt Speicherkapazitäten bei weitem nicht gedeckt werden - vor allem auch dann, wenn die Heiligsprechung der Elektromobilität ihre Wirkung zeigen wird. Die Elcom sieht denn auch in einer Strommangelange in den Wintermonaten die grösste Herausforderung. Sie ist darum erstmalig aktiv daran, unsere Parlamentarier darauf zu sensibili-

sieren. Corona hat gezeigt, dass bei Mangellagen alle Länder zuallererst ihre eigenen Interessen befriedigen. Mit einem weiteren Ausbau der Solar-Subventionen, wie es der Bundesrat vorsieht, ist es jedenfalls nicht getan, zumal sie wirtschaftlich zum Untergang der Wasserkraft führt.

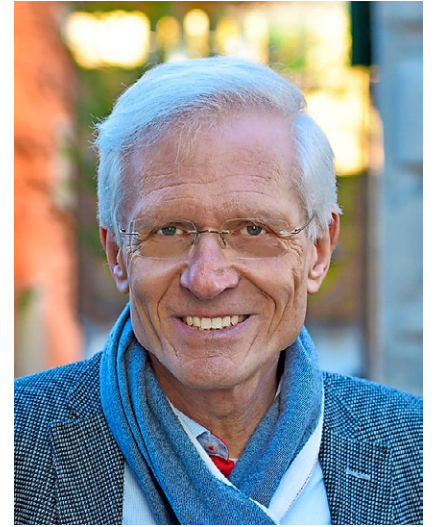
Wenn es Herrn Zoller ernsthaft an einer gesicherten Stromversorgung gelegen ist, empfehle ich ihm, sich etwas unvoreingenommener mit der Sache zu befassen und beispielsweise die Elcom-Berichte zu studieren. Sie sind garantiert nicht von der ihm so verhassten Aves geschrieben.

Ulrich Bollmann, Zug

Wind gibt es genug

Von Daniel Stadlin

Corona, Corona und nochmals Corona – was beschäftigt uns aktuell denn sonst noch? Windenergie? Wohl eher nicht. Und doch, für unsere Zukunft wäre diese durchaus bedeutsam.



Daniel Stadlin, Kantonsrat GLP, Zug, z.v.g.

GLP Die Schweiz muss bis zum Jahr 2050 emissionsneutral unterwegs sein. So haben wir das 2017 an der Urne beschlossen. Damit dieses ehrgeizige Ziel auch gelingt, braucht es zur Energiegewinnung alle uns zur Verfügung stehenden Technologien. In der Gesamtenergiebilanz sind wir in der Schweiz immer noch zu mehr als 70 Prozent von fossilen Energieträgern abhängig. Wollen wir diesen Anteil deutlich senken, wird dies zu einem grossen Teil durch Substitution mit elektrischem Strom geschehen. Dieser immense Mehrbedarf an Strom sollte aber möglichst unabhängig vom Ausland gedeckt werden.

Die Schweiz bezieht viel Strom aus Deutschland, wo nächstens die letzten Kernkraftwerke abgeschaltet werden und sich bereits jetzt für den Winter 2022/2023 eine erste grosse Stromlücke abzeichnet. Die Schweiz wird also bald weniger Strom aus dem Ausland beziehen können. Wir werden nicht darum herum kommen, mehr einheimische, erneuerbare Energie möglichst nahe beim Verbrauch zu produzieren. Dabei wird es nicht genügen, nur auf die Photovoltaik zu setzen. Diese kann zwar viel, aber nicht alles - es wird auch Windenergie brauchen.

In unserem Kanton besteht politisch leider wenig Interesse, das Thema Windenergie offen anzugehen und vertieft zu prüfen. Trotz des in der Grundlagenkarte des Bundes für unseren Kanton ausgewiesenen Potenzials für Windenergie, scheint die vorgefasste Meinung zu herrschen, diese sei für den Kanton Zug keine Option. Zudem wird mit dem kantonalen Richtplan die wirtschaftliche Nutzung der Windenergie quasi verboten. Dadurch werden private Initiativen für innovative Windenergieprojekte blockiert. Private sollten jedoch nicht daran gehindert werden, sich für klimaverträgliche Energielösungen einzusetzen. Denn soll uns der Kraftakt der Energiestrategie 2050 wirklich gelingen, werden wir zur lückenlosen Stromproduktion auch auf Windenergie angewiesen sein.

Die wichtigste Zahl: 1.48

Von Beni Riedi

Bevor ich jeweils meine Meinung über eine Abstimmung unterlage bilde, betrachte ich die Ausgangslage. Allgemein ist es in der Politik wichtig sich folgende Fragen zu stellen: Besteht tatsächlich ein Problem? Kann der Staat dies lösen oder wäre es nicht besser und günstiger, wenn der Bürger dies selber eigenverantwortlich löst?



Beni Riedi, Kantonsrat SVP, Baar

Foto-Grau Optik

Beim Vaterschaftsurlaub ist die wichtigste Zahl die Sie kennen müssen «1.48». Dies entspricht nämlich der durchschnittlichen Geburtenziffer einer in der Schweiz ansässigen Frau im Jahre 2019. Das heisst eine Familie - bzw. der Mann - muss sich im Durchschnitt 1.48-mal im Leben Gedanken machen, ob er falls es ihm wichtig ist - in diesem unglaublich speziellen Jahr der Niederkunft, seine Ferien nicht eher für die Familie einsetzen möchte, anstatt für Ferien im Ausland. Als junger Familienvater war es für mich selbstverständlich, dass ich nach der Geburt meiner Tochter für die Familie anwesend sein wollte. Dementsprechend plante ich zwei von meinen fünf Wochen Ferien in diesem Zeitraum ein und ich persönlich kann dies jedem Mann empfehlen.

Für mich ist es dementsprechend völlig unverständlich, warum Mitte Links einen staatlichen Vaterschaftsurlaub auf Kosten aller erzwingen möchte. Dieses vorpreschen von staatlicher Überregulierung lässt verschiedenste Unternehmen eine defensive Haltung einnehmen. Warum sollten

Unternehmen selbständig attraktive Angebote (dazu gehört z.B. auch einen bezahlten Vaterschaftsurlaub) den Mitarbeitern anbieten, wenn Mitte Links ständig mit neuen staatlichen Vorschriften, finanziert über Steuergelder, den Unternehmen vorschreibt?

Bekanntlich gibt es ja nichts gratis. Dementsprechend sollte man bei dieser Abstimmung auch beachten, dass der Vaterschaftsurlaub über höhere Lohnabzüge finanziert wird. Ich denke es sollte doch kein Problem sein sich 1.48-mal im Leben die eigenen Ferien für die Familie einzusetzen. Der angenehme Nebeneffekt ist, dass ohne höhere Lohnabzüge auch mehr Geld für die Familie übrigbleibt. Aus diesen Gründen stimme ich als Familienvater überzeugt nein zum Vaterschaftsurlaub und noch höhere Lohnabzüge.

Senden Sie Ihre Leserbriefe an
redaktion@zugerwoche.ch

